

Bern, 25. November 2010

Medienmitteilung

Bundesrat lehnt zwei FDP-Motionen mit fadenscheiniger Begründung ab

Anreize statt Subventionen für einen wirkungsvollen Umweltschutz

Der Bundesrat hat mit fadenscheiniger Begründung zwei Motionen für mehr Umweltschutz der FDP-Liberale Fraktion abgelehnt. Die Delegierten der Partei entschieden im Juni Umweltschutz-Massnahmen vor allem bei Gebäuden. Sie bringen mehr Energieeffizienz und weniger Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen. Nötig sind steuerliche Anreize und Vereinfachungen sowie Minimalstandards für Liegenschaften. Subventionen wie etwa die CO2-Abgabe hingegen bringen wenig und verpuffen rasch. Hier besteht Handlungsbedarf, doch der Bundesrat nimmt seine Verantwortung nicht wahr. Seine Begründung überzeugt nicht: Kantone seien zuständig und beim Steuerrecht sowie im Raumplanungsgesetz sei alles Notwendige bereits umgesetzt.

Nationalrat Filippo Leutenegger betont:

„Im Gebäudebereich besteht grosses Potential für den Umweltschutz. Doch der Bundesrat lehnt mit fadenscheinigen Begründungen unsere zwei Motionen ab, die mit Anreizen statt Subventionen langfristige Wirkung hätten.“

[Motion 10.3717 Attraktive energetische Sanierung und Ersatz von Altbauten](#)

[Motion 10.3718 Energieeffiziente Gebäude bis 2040](#)

[Positionspapier der FDP.Die Liberalen zu Energieeffizienz, Klimaschutz und Versorgungssicherheit, Juni 2010](#)

Kontakte:

Nationalrat Filippo Leutenegger, 079 447 99 07

Noé Blancpain, Kommunikationschef, 078 748 61 63